Kritik von SPD, Grünen und Offener Linken an Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt

„Augenwischerei und Blockadehaltung“

Lärmschutzkommission „unverbindliches Kaffeekränzchen“ – Nachtflugverbot durchsetzen

ANSBACH (pm/mhz) – „Augenwischerei“ werfen jetzt Stadträte aus den Reihen der SPD, der Grünen und der Offenen Linken Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt vor. Er hatte als Abhilfe für das Fluglärmproblem in Katterbach eine erneute Tagung der Lärmschutzkommission im September ins Gespräch gebracht. Nach Ansicht der Kritiker ist dieses Unterfangen „ohne große Erfolgsaussichten“.

Die vergangene Sitzung im März habe bewiesen, dass das Entgegenkommen von US-Kommandant Robert C. Doerer, der dort versprach, die Hubschrauberflüge auf die Zeit bis 1 Uhr nachts zu begrenzen, „reine Hinhalte-Taktik“ gewesen sei, heißt es in einer Pressemitteilung. Das Schreiben ist von Uwe Fröhlich (Grüne), Boris-André Meyer (Offene Linke) und Hubert Müller (SPD) unterzeichnet. Unvermindert belaste die US-Armee somit die Menschen mit „gefährlichen Abgasen und unerträglichem Lärm“.

Schmidt versuche offenbar, den Stadtratsbeschluss zu blockieren. Denn er wäre dafür verantwortlich, die Forderung des Ansbacher Stadtrates nach einem Nachtflugverbot ab 22 Uhr und einem Überflugverbot von Wohngebieten umzusetzen. Dafür müsste er als Staatssekretär eine Verordnung des Verteidigungsministeriums abändern. Doch wirke die Lärmschutzkommission mittlerweile auf viele Beobachter als „nicht-öffentliches, unverbindliches Kaffeekränzchen“ mit anschließendem Politiker-Rundflug im Hubschrauber, der den vom Lärm geplagten Bürgern mehr als Hohn denn als Hilfe vorkommen mag.

Auch Oberbürgermeisterin Carda Seidel lasse den nötigen Nachdruck bei der Umsetzung von Nacht- und Überflugverbot vermissen. Gegenüber betroffenen Bürgern und übergeordneten Behörden verweise sie stets auf ihren Brief an Doerer vom April, anstatt den weitergehenden Stadtratsbeschluss vom Mai nach außen hin zu vertreten. Deshalb appellieren die Unterzeichner an die Stadtspitze, diese „defensive Praxis“ zu beenden. Vielmehr müssten die Verantwortlichen im Verteidigungsministerium daran erinnert werden, dass deren Vorgehensweise nicht nur die Belange der Bevölkerung, sondern auch den einhelligen Willen der Volksvertretung Ansbachs „grob missachtet“.

Fränkische Landeszeitung, 05.08.2009